bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 14 | 03. Juli 2008

Rechte Szene 2

„Geistige Vorväter“
Die „Autonomen Nationalisten“ sind deutlich militant und haben ein nazistisches Weltbild.

Heidnische Rituale
An verschiedenen Orten zelebrierte die braune Szene auch in diesem Jahr wieder ihre Feiern zur Sommersonnenwende.

„Kehraktion“
In Murnau wird nach einem Neonazi-Aufmarsch symbolisch der „braune Dreck“ beseitigt.

Allgegenwärtige Gefahr
Neonazis treiben quer durch Deutschland ihr Unwesen.

Prozesse 5

Haftverschonung
Verurteilte Gewalttäter werden bis zum Strafantritt auf freien Fuß gesetzt.

Ausland 6

Das „Bombenhirn“
Drahtzieher der Attentate läuft möglicherweise noch frei herum.

„Marsch des Volkes“
Militante Neonaziszene in Schweden hat gute Kontakte zur NPD.

Verfassungsschutz 7

Enge Verzahnung
Für den Hamburger Verfassungsschutz sind NPD und „Freie Nationalisten“ kaum noch unterscheidbar.

Seitenblick 8

Der Blick in die Mitte
Aktuelle Studie zu rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft.

Blick in die Zeitgeschichte 9

„Lebensunwertes Leben“
Vor 75 Jahren beschlossen die Nazis das „Erbgesundheitsgesetz“ – etwa 400 000 Menschen wurden unter dem NS-Regime sterilisiert.

„Nein zu Hitler“
Ausstellung in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin über Verfolgung, Widerstand und Exil von SPD und Gewerkschaften in der Nazi-Zeit.

Meldungen 11

Rechte Szene

„Geistige Vorväter“

Die „Autonomen Nationalisten“ sind deutlich militant und haben ein nazistisches Weltbild.

Sie kleiden sich wie Linksautonome, üben sich in „sozialistischer“ Rhetorik, demonstrieren zum Antikriegstag, gerieren sich als Tierschützer – doch trotz aller Modernisierungsversuche werden die „Autonomen Nationalisten“ (AN) ihren altbraunen Farbton nicht los. Am 5. Juli will deren nordrhein-westfälischer Teil in Gladbeck auf die Straße gehen. Diesmal nicht mit „modernen“ Tönen, sondern mit Rassismus und dem altbekannten „Deutschland den Deutschen“. „Hol dir deine Stadt zurück – Gegen Moscheebau, Ausländerwahlrecht und Multikultur“ ist das Motto der Kundgebung, zu der die „Aktionsgruppe Ruhr-Mitte“ aufruft. Als Redner sind unter anderem der niedersächsische Neonazi Dieter Riefling und Julian Engels aus Essen angekündigt.

45 000 Flugblätter wollen die Organisatoren im Vorfeld verteilt, 10 000 Aufkleber und 2000 Plakate verbreitet haben. Nachprüfen lassen sich solche Zahlen nicht. Doch tatsächlich ist der Aufwand erstaunlich groß. Hinter der Kundgebungsplanung steht auch nicht nur das kleine Trüppchen örtlicher Neonazis, die unter dem Label „Freie Nationalisten Gladbeck“ agieren, sondern jene AG Ruhr-Mitte. Sie versteht sich als „freies, loses, national und sozialistisches Netzwerk aus verschiedenen Einzelaktivisten und freien Strukturen im gesamten Ruhrgebiet“ und verfügt über Vertreter in rund einem Dutzend Ruhrpott-Städten. „Wir sind weder eine Organisation, noch eine eigenständige Gruppe“, wird auf ihrer Homepage versichert. Ganz so locker und unverbindlich wie behauptet, scheint das organisatorische Gefüge aber nicht zu sein. Auf der Kontaktseite wird beispielsweise zu den „Ortsgruppen“ verwiesen.

Die AG Ruhr-Mitte ist eines von drei AN-„Netzwerken“ in Nordrhein-Westfalen. Zwischen Aachen und Mettmann im Westen des Landes arbeitet die „Aktionsgruppe Rheinland“ mit acht angeschlossenen AN-Gruppen. Jüngster regionaler Zusammenschluss der Rechts-„Autonomen“ ist die „Aktionsgruppe Ruhr-Lippe“, die den Raum zwischen dem östlichen Rand des Ruhrgebiets und Südwestfalen abdeckt. Aktivitäten wurden bisher aus etwa einem halben Dutzend Städten in der Region bekannt.

Daneben existieren lokale rechts-„autonome“ Gruppen, die keiner der drei „Aktionsgemeinschaften“ angehören, zum Beispiel in Essen oder Dortmund. Dortmund, wo früher im extrem rechten Spektrum der Neonazi-Style alter Prägung dominierte, wo ein FAP-geschulter Siegfried Borchardt das Sagen hatte und später Skinheads aus dem Umfeld der Rechtsrock-Band „Oidoxie“ das Bild bei Demonstrationen und Aktionen auch optisch bestimmten, ist heute Hochburg der Rechts-„Autonomen“ in NRW. Unumstritten ist die Truppe rund um Dennis Giemsch in der Szene freilich nicht. Ihre Kritiker halten den Dortmundern vor, es mit den „Querfront“-Bemühungen zu übertreiben, wenn sie meinen: „Bald gibt es kein Rechts und Links mehr, sondern nur noch wir gegen das System!”, oder wenn ein Redner bei einer Demonstration problemlos mit einem Lenin-Zitat aufwartet. „Schlimm genug, dass solchen ‘Kameraden’ überhaupt die Gelegenheit gegeben wird, ihren kommunistischen Dreck zu verbreiten“, kommentierte ein Neonazi auf „Altermedia“.

Gemeinsam ist allen AN-Gruppen eine – zunächst verbale – Militanz. Das NRW-Innenministerium konstatierte Mitte Juni in seiner Antwort auf eine Anfrage im Landtag „eine deutliche Zunahme der Gewaltbereitschaft“, die sich „auch in Angriffen auf den politischen Gegner zu manifestieren“ scheine. Ideologische Grundlage der AN sei „wie im gesamten neonazistischen Spektrum ein rassenbiologisch geprägtes völkisches Menschenbild, aus dem kollektivistische Vorstellungen für einen autoritären Staatsaufbau hergeleitet werden“. Tatsächlich mag sich der ganz überwiegende Teil der AN in NRW vom alten nazistischen Weltbild nicht lösen. Als sich niedersächsische Rechts-„Autonome“ vor wenigen Monaten als „Anti-Hitleristen“ beziehungsweise „nationale Antifaschisten“ definierten, zogen zwei Dutzend AN-Gruppen aus NRW die Notbremse: „Für den einzig wahren Nationalen Sozialismus – Gegen Verfälschung und kontraproduktive Erneuerungen“, betitelten sie eine Abgrenzungserklärung: Die „öffentliche Verleumdung geistiger Vorväter und Blutsbrüder“ grenze „an höchstem Verrat gegenüber diesem Nationalen Sozialismus“.

Tomas Sager

Heidnische Rituale

An verschiedenen Orten zelebrierte die braune Szene auch in diesem Jahr wieder ihre Feiern zur Sommersonnenwende.

Seit Tagen wurde das weitläufige Gelände von Udo Pastörs in Benz-Briest gut bewacht. Jedes Fahrzeug, das die schmale, kilometerlange Sackgasse zu langsam entlang fuhr oder einen Blick zu lange auf den Neubau am rechten Rand der Pastörschen Villa warf, wurde von NPD-Anhängern misstrauisch ins Auge gefasst. An ein Journalistenauto hefteten sich Pastörs-Bewacher David Böttcher und NPD-Kreischef Andreas Theißen persönlich und verfolgten den Wagen bis nach Lübtheen. Vom Bürgerbüro der Partei in der Lindenstadt aus koordinierte Torgei Klingebiel das Geschehen, neben Gesprächen mit Bürgern fand er dafür noch Zeit. Die NPD möchte in der Region Kontrolle ausüben. Am 21. Juni dann, als Holz für das Sonnenwend-Feuer hoch aufgeschichtet war, der Parkplatz sich randvoll mit rund 50 Autos aus der nord-deutschen Region sammelte, kontrollierten junge Männer in schwarzer Kleidung nach Augenzeugenberichten das Gelände.

„Soli-Konzert für die Opfer der Anti-Antifa-Überfälle“

Auch im niedersächsischen Eschede in der Lüneburger Heide konnten Neonazis ungehindert ihre heidnische Sonnenwende zelebrieren. Auf dem Hof von NPD-Landtagskandidat Joachim Nahtz finden bereits seit Jahren rechtsextreme Treffen statt, doch in diesem Jahr beteiligten sich erstmals auch rund 300 Menschen an einer Gegendemonstration.

Organisiert wurde die Feier von der „Kameradschaft 73 Celle“ und Dennis Bührig. Der 27-jährige NPD-Landtagskandidat Bührig war im November 2006 an einem rassistischen Übergriff beteiligt, ebenso wie seine Freundin. Nach Angaben des Amtsgerichts in Celle soll sie zur Jagd auf zwei kurdische Mitbürger angestiftet haben, sie erhielt eine Geldstrafe wegen Beleidigung. Bührig wurde zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten auf Bewährung verurteilt, weil er sich herbeigerufenen Polizeibeamten widersetzt hatte. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Am Vorabend der Sonnenwendfeier fand in Eschede bereits ein rechtes „Soli-Konzert“ mit rund 250 Teilnehmern statt, unter anderem die niedersächsischen Bands „Cherusker“ und „Terroritorium“ spielten dabei „für die Opfer der Antifa-Überfälle am 1. Mai in Hamburg“. Am Samstag reisten dann Neonazi-Anführer wie Christian Worch und Thomas Wulff an, um mit etwa 160 Kameraden und ihren Familien zu feiern.

Unter HDJ-Fahnen stramm in Aufstellung gebracht

Weitaus unauffälliger agierten die Anhänger der HDJ-„Einheit Hermannsland“. Ihr Zeltlager fand direkt an der Landesgrenze zwischen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen in Preußisch-Ströhen auf dem Gelände einer Heilpraktikerin statt. Unter Führung von Christian von Velsen, Christian Fischer und Gerd Ulrich versammelten sie sich mit ihren Familien und errichteten rund zehn geräumige Alex-Zelte, um dann heidnischen Ritualen und körperlicher Ertüchtigung nachzugehen. Ausgerüstet mit Ferngläsern beobachteten auch sie die umliegenden Wege. Zwei HDJ-Fahnen wehten auf der Wiese, als die Männer sich stramm in Aufstellung brachten. Frauen in typischen langen Röcken und Kinder in weißer Sportkleidung rannten umher.

Keine Zeit für Freizeitgestaltung hatten dagegen an diesem Wochenende einige Bremer Neonazis aus dem Umfeld der extrem rechten Hooligan-Truppe „Standarte 88“. Sie versahen Dienst als Securities beim „Hurricane-Festival“ im niedersächsischen Scheeßel. Zwei von ihnen bewachten die Bühne mit, als Jan Delay spielte. Einer der Neonazis, der auch an einem Überfall auf feiernde Fußballfans im Bremer Ostkurvensaal beteiligt gewesen sein soll, trieb junge Festival-Besucher zurück, als sie drängelten. Das Hurricane-Festival mit rund 70 000 Besuchern stand auch unter dem Motto „Laut gegen Nazis“. Deshalb zögerten die Organisatoren nicht lange, zwei ihnen namentlich bekannte Neonazis unter den rund 700 Ordnungskräften wurden sofort entlassen.

Andrea Röpke

„Kehraktion“

In Murnau wird nach einem Neonazi-Aufmarsch symbolisch der „braune Dreck“ beseitigt.

„Murnau erwache“ – mit Parolen wie diesen zogen rund 80 Neonazis durch die oberbayerische Marktgemeinde. Als Redner traten unter anderem der Münchner Stadtrat Karl Richter sowie der neue JN-Landesvorsitzende Matthias Fischer auf.

Der bekannte Neonazi-Aktivist Norman Bordin hatte die Versammlung am 28. Juni für ein Aktionsbündnis „Freundschaft Oberland“ angemeldet. Das Motto hieß „Gegen linke Gewalt – Kriminellen das Handwerk legen”. Die Redner zogen gegen „linksextreme Strukturen“ und „linken Terror“ zu Felde. Fischer, der Bordins Nachfolger als Landeschef der NPD-Jugend ist, wetterte: „Die BRD hat ihre Glanzzeit hinter sich gebracht.“ Karl Richter sitzt seit Mai für die NPD-Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) im Münchner Stadtrat. Als Teilnehmer wurden zudem Philipp Hasselbach, „Freier Nationalist“ in München, sowie Karl-Heinz Statzberger gesichtet. Dieser wurde nach viereinhalb Jahren kürzlich aus der Haft entlassen. Statzberger gehörte der „Kameradschaft Süd“ an, die der Rechtsterrorist Martin Wiese anführte. 2003 plante die Gruppe einen Anschlag auf das neue jüdische Zentrum von München.

Die Neonazis marschierten mit Parolen wie „Hoch die nationale Solidarität“ durchs Murnauer Ortszentrum. Dies war wie leergefegt, denn die Läden und Restaurants blieben geschlossen. Für eine halbe Stunde hielten die Rechtsextremisten vor dem Rathaus ihre Kundgebung ab. Zwischen den Reden dröhnten Rechtsrock-Lieder aus dem Lautsprecher. Auf der anderen Seite der Absperrungen gaben rund 80 Gegendemonstranten ihrem Protest lautstark mit Pfiffen Ausdruck. Die Polizei war mit massiven Kräften vor Ort.

Das „Werdenfelser Bündnis gegen Rechts“ wollte eigentlich im Murnauer Zentrum ein Fest der Demokratie veranstalten. Die Gemeinde stellte sich jedoch quer, weil sie eine Eskalation befürchtete. Letztlich fand nach dem Abzug der Neonazis eine „Kehraktion“ mit mehr als 300 Teilnehmern statt. Dabei wurden die Straßen symbolisch vom „braunen Dreck“ gesäubert. *Magnus Bosch*

Allgegenwärtige Gefahr

Neonazis treiben quer durch Deutschland ihr Unwesen.

Es soll niemand sagen, er habe es nicht gewusst! Nach Studium der 80-seitigen Broschüre „Braune Gefahr für Deutschland“, für die die Europaabgeordnete von Bündnis 90/Grüne, Angelika Beer, verantwortlich zeichnet und die mit dem Szenekenner Andreas Speit einen äußerst kompetenten Autoren hat, wird deutlich, dass der Rechtsextremismus an keine bestimmten Regionen gebunden ist, er ist vielmehr allgegenwärtig. Die acht Kapitel sind nämlich auch eine Deutschlandreise von Plön bis Sangerhausen, von Anklam bis Völklingen, von Berlin bis Geiselhöring, von Eschede bis Dresden, von Halbe bis Altengreuth. Die Fakten und die Botschaft sind eindeutig: Egal ob Nord oder Süd, West oder Ost, Neonazis treiben bundesweit ihr Unwesen.

Das Büchlein klärt über Organisationen auf, gibt Einblick in die rechte Musikszene bis hin zum Rechtsrock, beschreibt regelrechte Handelsstrukturen des rechtsgerichteten Milieus, beschäftigt sich mit der Parlamentsarbeit von Vertretern der NPD und DVU, umreißt die Rolle der Frau im rechtsextremen Spektrum, benennt die Rekrutierungsarbeit, thematisiert Übergriffe und Gewalt und widmet sich ebenfalls obskuren Immobiliengeschäften, die in den letzten Jahren zunehmend in der Diskussion waren. Der Autor lässt nichts unerwähnt, ob rechte Schulungszentren, die Wortergreifungsstrategie oder die neuerdings auftretenden „Autonomen Nationalisten“.

Im Anhang gibt es Literaturhinweise. Aufgezeigt werden auch bundesweite und länderspezifische Kontakte zu Initiativen, Bündnissen, Internetportalen und Vereinen, die sich der antifaschistischen Arbeit widmen. Dazu wird auf Zeitschriften verwiesen, in denen das Thema Rechtsextremismus kritisch und sachkundig behandelt wird.

Horst Freires

Angelika Beer, Braune Gefahr für Deutschland, zu beziehen gegen Zahlung der Versandkosten über das Abgeordnetenbüro Beer (Büro 2111), Unter den Linden 50, 11011 Berlin (Telefon: 030/22770021 – Telefax: 030/22776017).

Prozesse

Haftverschonung

Verurteilte Gewalttäter werden bis zum Strafantritt auf freien Fuß gesetzt.

Eineinhalb Jahre nach einem Brandanschlag gegen das Asylbewerberheim in Sangerhausen im Süden Sachsen-Anhalts sind drei bekennende Neonazis vom Landgericht Halle zu Haftstrafen zwischen drei Jahren, neun Monaten und fünf Jahren, vier Monaten verurteilt worden.

Das Gericht befand sie des versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung für schuldig. Eine heute 22-jährige Frau wurde wegen Beihilfe zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Das Gericht befand die vier Angeklagten für schuldig, in den frühen Morgenstunden des 6. Januar 2007 die Flüchtlingsunterkunft mit mindestens zwei Molotowcocktails in Brand gesteckt zu haben. Ein 24-jähriger Asylbewerber aus dem Niger, in dessen Zimmer sich einer der Brandsätze entzündet hatte, konnte zwei weitere Mitbewohner der Unterkunft aus Liberia und Burkina Faso rechtzeitig wecken, so dass alle drei Asylbewerber, die sich zum Tatzeitpunkt im Gebäude befanden, rechtzeitig in Sicherheit gelangten. Alle drei Flüchtlinge, die während des Prozesses als Nebenkläger auftraten, leiden seit der Tat bis heute unter erheblichen psychischen Problemen.

Mit der Urteilsverkündung lag der Vorsitzende Richter Peter zur Nieden erheblich unter dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die für die Täter Haftstrafen von bis zu acht Jahren gefordert hatte. Seit ihrer Festnahme kurz nach der Tat saßen alle vier Täter in Untersuchungshaft. Für heftige Diskussionen sorgte deshalb die Entscheidung des Gerichts, die drei Haupttäter bis zum Antritt ihrer regulären Haft gegen Auflagen auf freien Fuß zu setzen. Zwar legte der Vertreter der Staatsanwaltschaft noch unmittelbar nach der Urteilsverkündung Beschwerde gegen diesen Beschluss ein, diese wurde jedoch vom Gericht abgeschmettert. Über die vorübergehende Haftverschonung muss nun das Oberlandesgericht in Naumburg entscheiden. Ebenso wie über die Revisionsanträge, die die Verteidiger der Angeklagten noch im Gerichtssaal ankündigten. Sie hatten für ihre Mandanten zweimal Freispruch und in zwei Fällen Haftstrafen zur Bewährung beantragt.

Nach der mehr als einjährigen Hauptverhandlung sah es das Gericht als erwiesen an, dass die Angeklagten nach einer Party auf dem Anwesen des bekannten Neonazis Enrico Marx in Sottershausen bei Sangerhausen den gemeinsamen Tatentschluss gefasst hatten. Nur einer der Angeklagten hatte während des Prozesses ein Teilgeständnis abgelegt, die drei anderen hatten die Tat bestritten. Wesentliches Beweismittel war deshalb das Überwachungsvideo einer Tankstelle, an der die Täter dabei gefilmt wurden, wie sie Benzin in zwei Kanister abgefüllt hatten. Die 22-Jährige, die als Fahrerin fungierte, beteuerte in ihrem Schlusswort unter Tränen, dass sie sich schäme, sich mit der rechten Szene eingelassen zu haben und bat die Opfer des Anschlags um Entschuldigung.

„Es war ein feiger und menschenverachtender Anschlag“, betonte der Vorsitzende Richter in der Urteilsbegründung und stellte eindeutig die ausländerfeindliche Gesinnung der Angeklagten fest. Konkretes Motiv für die Tat sei ein Racheakt gewesen. Der 24-jährige Flüchtling aus dem Niger hatte den Hauptangeklagten wenige Monate vor dem Brandanschlag nach einer tätlichen Auseinandersetzung angezeigt.

Die Entscheidung des Gerichts zur Aussetzung der Haftbefehle stieß nicht nur bei den Nebenklägervertretern auf Kritik, sondern auch bei der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt. „Eine weitere Haft wäre angebracht gewesen“, sagte eine Sprecherin und verwies darauf, dass die rechtsextreme NPD am 5. Juli in Sangerhausen ihr Sommerfest feiere und die Angeklagten nun vermutlich daran teilnehmen könnten.

Mit seiner Entscheidung zur Haftverschonung berief sich das Gericht auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Alle vier Angeklagten hätten seit ihrer Festnahme bis zu eineinhalb Jahren in Untersuchungshaft gesessen. Angesichts der noch zu verbüßenden Reststrafen hätten die Tatsachen, dass die drei Haupttäter über einen festen Wohnsitz und feste soziale Beziehungen in Sangerhausen verfügten und eine Fluchtgefahr angesichts der Auflagen relativ gering sei, zur Entscheidung über die Haftverschonung geführt.

Eberhard Löblich

Ausland

Das „Bombenhirn"

Drahtzieher der Attentate läuft möglicherweise noch frei herum.

Eine rechtsextrem motivierte Serie von Brief- und Rohrbombenanschlägen erschütterte von 1993 bis 1996 Österreich. Vier Menschen kamen ums Leben und zwölf wurden zum Teil schwer verletzt. Prominentestes Anschlagsopfer war der damalige Wiener Bürgermeister Helmut Zilk (SPÖ), dem eine Briefbombe die linke Hand zerfetzte. Verletzt durch eine Briefbombe wurde auch der damalige Lübecker SPD-Geschäftsführer Thomas Rother, als er die Post für den Lübecker Vizebürgermeister Dietrich Szameit (SPD) öffnete. Am 1. Oktober 1997 wurde der mutmaßliche Einzeltäter Franz Fuchs verhaftet. In den Verhören gab Fuchs an, im Auftrag einer „Bajuwarischen Befreiungsarmee" (BBA) gehandelt zu haben. Ein vollständiges Geständnis legte er nie ab. Am 26. Februar 2000 erhängte sich der 50-jährige Vermessungstechniker in seiner Zelle in der Justizanstalt Graz-Karlau.

Der Polizeibeamte Rudolf Huber, seinerzeit Mitglied der Briefbomben-Sonderkommission, sagte jetzt zum „Standard" und zu „Profil": „Fuchs war kein Einzeltäter. Ich habe einen Verdächtigen, den ich auch seinerzeit intensiv überprüft habe. Er ist meiner Meinung nach der Verfasser der Bekennerschreiben und gleichzeitig das ideologische Hirn der so genannten Bajuwarischen Befreiungsarmee. Das 'Bombenhirn' läuft noch frei herum." Hinter dem „Bombenhirn" vermutet Huber den 77-jährigen Otto Rudolf B., ein unter anderem wegen Mordes verurteilter Rechtsextremist. In den 90er Jahren gehörte B., Gelegenheitsautor der antisemiti-schen „Bauernschaft", zu den ständigen Mitarbeitern der NS-apologetischen Schrift „Der Scheinwerfer" (Rodach/Bayern). Herausgeber war Ex-NPD-Mitglied Eberhard Hefendehl, damals Inhaber der „Odal-Druck-und-Verlags-Gesellschaft". Bei Hefendehl, der in den 70er Jahren am Aufbau einer illegalen NSDAP beteiligt war, wurden die Anti-Antifa-Postille „Der Einblick" und zeitweilig die „Nachrichten" der HNG gedruckt. B. hielt sich wiederholt auf dem Anwesen Hefendehls auf. Zilk und Huber fordern, dass der Fall neu verhandelt wird. *Anton Maegerle*

„Marsch des Volkes"

Militante Neonaziszene in Schweden hat gute Kontakte zur NPD.

Am 6. Juni wurden in Stockholm 114 Neonazis festgenommen, als sie im Zuge einer Kundgebung anlässlich des Nationalfeiertages unter „Sieg Heil"-Rufen vor einem aufmarschierten Polizeikordon mehrfach den Hitlergruß ausführten. Polizeiangaben zufolge handelte es sich um die größte Massenfestnahme von Neonazis in Schweden. Etwa 1000 Neonazis hatten am „Marsch des Volkes", organisiert von Freien Nationalisten um „Info 14" in Zusamenarbeit mit der „Nationalsocialistik Front" (NSF) und der „Svenska Motstandsrörelsen" (Schwedische Widerstandsbewegung; SMR) teilgenommen.

Das Internetportal „Info 14" entstand 1995 als Zeitung der „Stockholms Unga Nationalsocialister" (Suns). Zur Führung von „Info 14" zählt Thomas Ölund. Am 11. Juni 2005 war Ölund einer der Redner beim NPD-„Fest der Völker" im thüringischen Jena. Im Folgejahr sollte in Jena Robert Vesterlund von „Info 14" reden. Der knasterfahrene Vesterlund wurde von der NPD als „einer der bekanntesten freien Aktivisten der schwedischen Bewegung" angekündigt, die NPD-Veranstaltung wurde aber verboten. Die 1994 in Karlskrona gegründete NSF ist mit rund 500 Mitgliedern die größte Neonaziorganisation in Schweden. Im April wurde Simon Lindberg, einer der Führungsköpfe des NSF, unter anderem wegen krimineller Umtriebe, zu einer dreimonatigen Haftstrafe verurteilt. Der 24-Jährige hatte mit einem Gesinnungskameraden eine Party der „Swedish Federation for Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Rights" überfallen und fünf Personen geschlagen. SMR wurde Mitte der 90er Jahre von Klas Lund ins Leben gerufen, gilt als Nachfolgeorganisation des rechtsterroristischen „Weißen Arischen Widerstandes" (VAM). Lund war 1986 als 18-Jähriger wegen Mordes an einem dunkelhäutigen Jugendlichen zu vier Jahren Haft und 1991 nach einem Bankraub zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Vor einigen Jahren kaufte Klas Lund ein rund 650 Hektar großes Gelände in unmittelbarer Nähe des Gutes Sveneby des Hamburger Neonazis Jürgen Rieger.

Anton Maegerle

Verfassungsschutz

Enge Verzahnung

Für den Hamburger Verfassungsschutz sind NPD und „Freie Nationalisten" kaum noch unterscheidbar.

Die NPD und ihr nahe stehende Aktivisten sorgten für den meisten Wirbel, die DVU verlor weiter an Boden und die Republikaner sind nicht mehr rechtsextrem – das sind die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Hamburger Verfassungsschutzbericht 2007. Das rechtsextreme Potenzial taxierte der neue Hamburger Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU) unverändert bei 540 Personen, von denen 150 zur Gewalt neigten, die Zahl der Neonazis stagnierte bei 85 auf dem Vorjahresniveau.

Interessanter ist die Entwicklung in der nach wie vor 140 Mitglieder zählenden Hamburger NPD, die enge Verbindungen zu den „Freien Nationalisten" unterhält. „Man kann heute kaum zwischen parteigebundenen und parteifreien Aktivisten unterscheiden", sagte Verfassungsschutzchef Heino Vahldieck. Beide Gruppierungen bildeten eine „Volksfront von rechts", die im Aktionsschwerpunkt Hamburg-Bergedorf, getarnt als Bürgerinitiative, mit dem Argument der „Überfremdung" unter dem Slogan „Für ein sicheres Bergedorf" gegen den geplanten Bau einer Moschee mobil gemacht hat. Dabei mischten sowohl der in der Szene umstrittene NPD-Kritiker Christian Worch als auch Angehörige Hamburger Kameradschaften mit. Als Anmelder von Veranstaltungen zum Thema trat die NPD in Erscheinung. „Die Kampagne hat aber nicht gezogen, weil die Bergedorfer Bürger von den Medien und dem Amt für Verfassungsschutz informiert wurden, wer sich dahinter verbirgt", verteilte Vahldieck Lob auch an die eigene Adresse. Dennoch: Die Verflechtung zwischen Nationaldemokraten und „freien Kräften" sei nach der Übernahme der Hamburger NPD durch den Rechtsanwalt Jürgen Rieger im Februar 2007 enger geworden, betonte Vahldieck: „Früher hat man sich angefeindet, heute arbeitet man zusammen." Man könne kaum noch zwischen NPD und freien Nationalisten unterscheiden.

Mit Überraschungen warteten aktionistisch orientierten Rechtsextremisten (Neonazis und Skinheads) auf: die Szene wird immer bunter und flexibler. Viel haben sich mit dem „betont bürgerlichen Habitus" der NPD arrangiert, andere wie die „Autonomen Nationalsten" orientieren sich an Linksextremisten und treten bei Demonstrationen als „schwarzer Block" auf. Als Plattform dient allen Aktivisten das von Tobias Thiessen betreute Internet-Portal des „Aktionsbüros Norddeutschland". Der Angehörige des „Kameradenkreises Neonazis in Hamburg" bedient seine Klientel mit Terminankündigungen, Pressemitteilungen, Berichten, Propagandamaterial und ideologischen Abhandlungen. „Das Aktionsbüro spielt eine Schlüsselrolle in den überregionalen Vernetzungsbestrebungen der neonazistischen Szene", heißt es im Verfassungsschutzbericht.

Während sich die NPD mit ihrem starken Mann Rieger weiter leicht im Aufwind befindet, hätten sich die Republikaner dagegen „schon vor geraumer Zeit vom Rechtsextremismus abgesetzt und danach politisch völlig abgemeldet", so Vahldieck: „Wir konnten die Beobachtung dieser Partei einstellen, weil es sie hier nicht mehr gibt."

Nicht gut sieht es auch bei der Hamburger DVU aus. „Die große Mehrzahl der ca. 160 – überwiegend älteren – Mitglieder war inaktiv", heißt es im Verfassungsschutzbericht lapidar. Zwar nahm die DVU – wie im 2005 geschlossenen Deutschland-Pakt vereinbart – an der Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar 2008 teil, einen Erfolg konnte der von Günther Schlemmer geführte Landesverband nicht verzeichnen. Parolen der Güte „Oben prassen, unten hungern" oder „Michel statt Moschee" zogen nicht – die DVU verfehlte mit 0,8 Prozent der Stimmen das Klassenziel deutlich. Weil sie an der Ein-Prozent-Hürde scheiterte, gab es keinen Cent Wahlkampferstattung aus dem Staatssäckel. Die DVU ist an Alster und Elbe personell so schwach besetzt, dass sie bundesweit um Kandidaten geworben hatte.

Etwas aktiver waren vor allem jugendliche und heranwachsende Rechtsextremisten – zumindest beim Begehen von Straftaten: 2007 registrierte die Hamburger Polizei 349 (2006: 441). Die Zahl der Gewalttaten sank im Beobachtungszeitraum von 29 auf 22; die meisten Täter waren unter 30. Unter den Opfern: ein afrikanischer Bürger, Polizeibeamte und S-Bahn-Fahrgäste.

Volker Stahl

Seitenblick

Der Blick in die Mitte

Aktuelle Studie zu rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft.

Wo fangen rechtsextreme Denkmuster an, und ab welchem Grad wandelt sich Demokratieverdrossenheit in Ablehnung eben dieser Demokratie? Hochinteressante Antworten gibt die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitete Studie „Ein Blick in die Mitte“. Wissenschaftler der Universität Leipzig knüpften mit dieser Arbeit an die 2006 präsentierte Fragebogenuntersuchung „Vom Rand zur Mitte“ an.

Vor zwei Jahren waren 5000 repräsentativ ausgewählte Bundesbürger zu den sechs Themenkomplexen Befürwortung einer rechten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus sowie Verharmlosung der NS-Diktatur befragt worden. Die erstaunlich hohen Zustimmungswerte wurden mit der aktuellen, qualitativ angelegten Untersuchung weitgehend untermauert. Bereits die erste Studie hatte bei 26,7 Prozent der Befragten eine ausländerfeindliche Haltung ermittelt, wie Professor Elmar Brähler bei der Präsentation der aktuellen Studie Mitte Juni in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin erläuterte. Die Mitautoren Katharina Rothe und Oliver Decker fassten dann Ablauf und Ergebnisse der zweiten Untersuchung zusammen.

Der Rahmen war überall ähnlich gesetzt: In zwölf verschiedenen bundesdeutschen Orten initiierten die Forscher Gruppendiskussionen mit einigen Teilnehmern der Fragebogenuntersuchung von 2006. Verschiedene Themen wurden vorgegeben, etwa die Wohnsituation oder die eigene Lebensgeschichte, nicht aber ausdrücklich die Einstellung zu Ausländern oder zur NS-Vergangenheit. Auf diese Weise kamen in vielen der Gespräche ausländerfeindliche, antisemitistische oder demokratiekritische Haltungen ganz beiläufig und in unterschiedlichen Zusammenhängen zur Sprache.

Etwa Frau Meier aus Dortmund: Auf die Frage nach den Lebensbedingungen an ihrem Wohnort verweist sie umgehend auf „die Türken“, nicht ohne hinzuzusetzen, dass sie „nichts gegen Ausländer“ hätte. Um dann ausführlich über die von ihr beobachteten Lebensgewohnheiten „der“ Türken zu lamentieren. Solche und ähnliche Aussagen hörten die Wissenschaftler an fast allen Orten, sowohl im West- wie im Ostteil der Republik.

„Das Gros der Menschen empfindet sich nicht als Subjekt der Demokratie“, schilderte Oliver Decker ein weiteres zentrales Ergebnis der Untersuchung. Das System werde gering geschätzt, ohne dass die Mehrzahl der an den Diskussionen Beteiligten ihre Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung sähen. „Und im Rückblick auf die Nazizeit gibt es eine starke Tendenz zur Vertauschung der Täter-Opfer-Rolle“, so Decker weiter. Der Holocaust werde zwar nicht geleugnet, doch sei in den Gesprächen immer wieder angeklungen, es müsse mehr über nicht-jüdische Opfer etwa der Bombenangriffe geredet werden.

Insgesamt resümierten die Wissenschaftler nach Auswertung der verschiedenen Gruppendiskussionen, dass Rechtsextremismus vor allem „auf dem Boden von Angst- und Ausgrenzungserfahrungen“ gedeihe. Angst vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg, ein subjektiv empfundener gesellschaftlicher Konformitätsdruck, geringes Interesse an aktiver Teilhabe an der Zivilgesellschaft, das sind – so zeigt die 495 Seiten starke Studie – Hauptursachen für die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in der „Mitte“ der Gesellschaft. In der anschließenden Diskussionsrunde in der Ebert-Stiftung wurden auch mögliche Lösungsansätze und politische Konsequenzen benannt.

„Wir müssen intensiver als bisher vermitteln, dass Demokratie kein fertiges Produkt ist, sondern von allen Bürgern mit Leben zu füllen ist“, unterstrich etwa Holger Hövelmann (SPD), Innenminister von Sachsen-Anhalt. Oliver Decker forderte eine gesellschaftliche Ächtung aller Aussagen über die angebliche Ungleichwertigkeit von Menschen. Zudem müssten die öffentlich-rechtlichen Medien sich stärker als bisher verpflichten, ihren Auftrag zur politischen Bildung zu erfüllen, weil auch auf diesem Weg Wissenslücken über das demokratische System gefüllt werden könnten.

Gudrun Giese

Ein Blick in die Mitte – Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland; download www.fes-forumberlin.de

Blick in die Zeitgeschichte

„Lebensunwertes Leben"

Vor 75 Jahren beschlossen die Nazis das „Erbgesundheitsgesetz" – etwa 400 000 Menschen wurden unter dem NS-Regime sterilisiert.

Damit es der ganzen Bevölkerung zugänglich war, hatte der Münchner Lehmanns Verlag ein Sonderheft auf den Markt gebracht. Titel: „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom Juli 1933 mit Auszug aus dem Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln zur Sicherung und Besserung vom 24. November 1933". Bearbeitung und Erläuterungen hatten damals berühmte Ärzte übernommen: Arthur Gütt und Ernst Rüdin. Der juristische Fachmann war Falk Ruttke. In besonderen Kapiteln wurden „die Eingriffe zur Unfruchtbarmachung des Mannes und zur Entmannung" sowie „die Eingriffe zur Unfruchtbarmachung der Frau" erläutert. Gütt war ein hoher NS-Ärztefunktionär, Rudin ein angesehener Psychiater und Ruttke ein Rassenrechtler.

Dass es bei diesem Gesetz um etwas aus der NS-Zeit geht, ergibt sich bereits aus den Begriffen „NS-Funktionär" und „Rassenrechtler". Tatsächlich handelt es sich um eines der frühesten oder gar um das erste Gesundheitsgesetz seit der Übergabe der Macht in Deutschland an die Nationalsozialisten. Das Gesetz wurde am 14. Juli 1933 – vor 75 Jahren – beschlossen und trat am 1. Januar 1934 in Kraft. Es leitete die neue Gesundheitspolitik ein, die stets unter dem Begriff „Rasse" stand. Der reinen „Rasse" war alles untergeordnet, so auch das „Erbgesundheitsgesetz". Es sollte verhindern, dass kranke Kinder geboren wurden.

Dabei war der Begriff „lebensunwertes Leben" keineswegs eine Erfindung der Nationalsozialisten. Er kursierte bereits 1923 im Land Sachsen. So erregte er zehn Jahre später keinerlei Erstaunen mehr. Die „Münchner Medizinische Wochenschrift" hatte sich längst mit der Frage beschäftigt und konnte bereits im Jahre der Verordnung mit Zahlen aufwarten. Es handele sich um „400 000 Erbkranke". Von ihnen „seien 200 000 angeborene Schwachsinnige, 80 000 Schizophrene, 20 000 Manisch-Depressive, 60 000 Epileptiker, 20 000 Behinderte mit schweren körperlichen Missbildungen, 16 000 erblich Taube, 4000 erblich Blinde und etwa 600 Menschen mit Veitstanz". In den USA blickte man damals voller Bewunderung auf die „moderne" deutsche Gesundheitspolitik. Es wurden Erbgesundheitsgerichte gebildet, die darauf zu achten hatten, dass alle in der Gesundheitspflege arbeitenden Frauen und Männer „erbkranke" Personen staatlichen Behörden melden. Das waren nicht nur Ärzte, sondern auch Hebammen, Krankenschwestern, Zahnärzte, Masseure und Heilpraktiker. Der Humanmediziner Witukind Lenz forderte: „Das Ziel muss sein, dass über jeden Staatsbürger bzw. Einwohner eine erbbiologische Akte geführt wird." Die Forderung zitiert Ernst Klee in seinem Buch „Deutsche Medizin im Dritten Reich".

Nach drei Jahren, 1936, sind bereits 1,1 Millionen Personen auf Karteikarten erfasst. Da Karte für Karte einzeln ausgefüllt werden musste, ist vorstellbar, welch ungeheure Arbeit dahinter steckte. Eine führende Rolle spielte hier das Rheinische Provinzialinstitut für psychiatrisch-neurologische Erbforschung des Rheinischen Provinzialverbandes, heute Landschaftsverband Rheinland. An der Erfassung beteiligt waren auch die von Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel bei Bielefeld und viele Krankenhäuser.

Ende August 1939, kurz vor dem Überfall auf Polen, gab der Reichsinnenminister einen aktuellen Erlass heraus. „Anträge auf Unfruchtbarmachung sind nur zu stellen, wenn die Unfruchtbarmachung wegen besonders großer Fortpflanzungsgefahr nicht aufgeschoben werden darf." Noch nicht erledigte Verfahren müssten eingestellt werden. Klee nennt für diese Einschränkungen unter anderem diese Gründe: „Minderwertige" sind noch gut als „Kanonenfutter", könnten im Krieg kämpfen. Ärzte würden bei der Truppe benötigt, also zur Versorgung verwundeter Soldaten.

Bei Kriegsende sind in Deutschland etwa 400 000 Menschen sterilisiert worden. Die Siegermächte verbieten alle NS-typischen Gesetze und Verordnungen. Das Sterilisierungsgesetz gehört nicht dazu – vermutlich mit Rücksicht auf ähnliche Diskussionen in den USA. Bereits im Sommer 1945 wird in Hamburg über die Beibehaltung der Erbgesundheitsgesetze offen gesprochen. Die Opfer der Sterilisierung sind nie entschädigt worden. Sie haben allenfalls Almosen bekommen.

Heiner Lichtenstein

„Nein zu Hitler“

Ausstellung in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin über Verfolgung, Widerstand und Exil von SPD und Gewerkschaften in der Nazi-Zeit.

Am 2. Mai 1933, also unmittelbar nach dem von den Nationalsozialisten zum gesetzlichen Feiertag ausgerufenen und mit propagandistischen Massenumzügen gefeierten „Tag der nationalen Arbeit“, wird der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund verboten. Gewerkschaftshäuser und andere Einrichtungen der Freien Gewerkschaften werden von SA und SS besetzt und in NS-Eigentum „überführt“, zahlreiche Gewerkschafter verhaftet und misshandelt. Die Hoffnung der Führung, durch die Teilnahme an den Maifeiern, zu der sie ihre Mitglieder aufgerufen hatte, das Fortbestehen der Gewerkschaften sichern zu können, erwies sich als Illusion. Dagegen hatte der SPD-Vorsitzende Otto Wels wenige Tage zuvor, am 26. April, klarer gesehen, als er auf der Reichskonferenz der SPD in Berlin deutlich machte: „Es wäre ein hoffnungsloses Unternehmen, wenn man das Leben der Organisation durch Preisgabe der Idee zu erkaufen suchte.“ Der Parteivorstand beschließt, in Prag weiter zu arbeiten. Am 10. Mai wird das Parteivermögen der SPD, des Reichsbanners und der Parteipresse beschlagnahmt, am 22. Juni die Partei in Deutschland verboten.

75 Jahre danach erinnert eine Ausstellung des Historischen Forschungszentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung an diese „tiefste Zäsur“ in der Geschichte der beiden Organisationen, an die Verfolgung, den Widerstand und das erzwungene Exil Tausender Mitglieder als Folge der nationalsozialistischen Machtergreifung. Auf 40 Tafeln und mit über 250 Exponaten, von denen ein großer Teil aus dem eigenen Bestand stammt, wird der Widerstand der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung in seiner Gesamtheit und in vielen Facetten im zeitlichen Zusammenhang dargestellt und eingeordnet. Zu ihr gehören SPD und Freie Gewerkschaften, außerdem die linken Zwischengruppen Roter Stoßtrupp, Sozialistische Front, Sozialistische Arbeiterpartei, Neu Beginnen und Internationaler Sozialistischer Kampfbund.

Das reich illustrierte historische Material, anschaulich und übersichtlich dargeboten sowie prägnant kommentiert, wird in drei Abschnitte gegliedert: Unterdrückung und Verfolgung im Frühjahr 1933; Formierung des Widerstands und die Rolle des Exils bis zum Kriegsbeginn; Widerstand und Programmdiskussion im Krieg. Deutlich werden die besonderen Voraussetzungen einer Entscheidung zum Widerstand in Deutschland: „Bei der Allgegenwart des Terrors darf nicht vergessen werden, dass dies nur eine Seite der nationalsozialistischen Diktatur war. Wer nicht zu den jüdischen Deutschen zählte oder durch illegale politische Betätigung auffiel, konnte durchaus von dem neuen System profitieren.“

Welche Folgen der Entschluss zum Widerstand haben konnte, zeigen eindrucksvoll 12 biographische Porträts, die den Fluss der historischen Darstellung immer wieder unterbrechen und am ganz persönlichen Schicksal beispielhaft und stellvertretend für andere die Tragweite der jeweils getroffenen Entscheidung ganz unmittelbar vor Augen führen. Bekannte und unbekannte Namen sind darunter, doch für alle gilt, und dies unterscheidet sie von manchen Ausprägungen des kommunistischen Widerstandes: „Für die SPD gab es keine ‘Parteisoldaten‘, die von der Parteiführung in lebensbedrohliche Situationen geschickt wurden; wer sich für die Beteiligung am Widerstand entschied, tat dies freiwillig.“

Sicherlich: Der Kreis derer, die sich für die Arbeit im Widerstand entschieden, war klein und konnte gegen die große Mehrheit der Bevölkerung, die dem NS-Regime folgte, kaum etwas ausrichten. Doch die Ausstellung, darauf verwies Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit bei der Eröffnung am 25. Juni, erzählt die Geschichte vieler Männer und Frauen, die für ein anderes und besseres Deutschland kämpften. Ihnen sei es zu verdanken, dass die SPD nach der Befreiung wie keine andere Partei für den demokratischen Neuanfang legitimiert gewesen sei.

Das Begleitheft, das in der Ausstellung unentgeltlich abgegeben wird, enthält alle 40 Tafeln verkleinert, aber noch gut lesbar, dazu auf der jeweils gegenüberliegenden Seite noch zusätzliche Erläuterungen.

Theo Meier-Ewert

Die Ausstellung „Nein zu Hitler!“ ist bis zum 1. August 2008 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, zu besichtigen.

Meldungen

Rechtsextreme Kommunalpolitiker

Dresden – Hartmut Krien, Stadtrat in Dresden, bleibt Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD (KPV). Bei ihrer Jahreshauptversammlung bestätigten die NPD-Kommunalpolitiker Krien, der seit 2007 an der Spitze der KPV steht, in seinem Amt. Seine Stellvertreterin wurde Carola Holz, NPD-Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt und Fraktionsvorsitzende im Kreistag Anhalt-Bitterfeld. Sie löst Willibert Kunkel, Ratsmitglied in Stolberg bei Aachen, in dieser Funktion ab, der diesmal als Beisitzer in den Vorstand gewählt wurde. Weitere Beisitzer sind der Münchner Stadtrat Karl Richter, Lore Lierse, die als Organisationsbeauftragte für die Kreistagswahl in Brandenburg vorgestellt wird, sowie Michael Kemcke aus Lauenburg. Als Schatzmeister wurde Holger Szymanski (Dresden) gewählt. Aus dem KPV-Vorstand ausgeschieden sind der bisherige Schatzmeister Hartmut Gliemann aus der Sächsischen Schweiz, Manuela Tönhardt aus Berlin, Klaus Beier, NPD-Bundespressesprecher aus dem Oder-Spree-Kreis, und der Anklamer Landtags- und Kreistagsabgeordnete Michael Andrejewski. (ts)

Gefängnis für Holocaust-Leugner

Belgien (Brüssel) – Ein Gericht in Brüssel hat die einschlägig vorbestraften Revisionisten Siegfried Verbeke (67) und Vincent Reynouard (39) wegen öffentlich betriebener Holocaustleugnung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Beide hatten im Jahr 2000 die von dem deutschen Holocaust-Leugner Germar Rudolf gegründete Zeitschrift „The Revisionist“ verteilt. Der Belgier Verbeke war von 1985 bis spätestens Ende der 90er Jahre maßgeblicher Kopf der in Berchem ansässigen rechtsextremen belgischen Organisation „Stiftung Vrij Historisch Onderzoek“ (VHO; „Freie Historische Forschung“), die tonnenweise antisemitische und holocaustleugnende Schriften in die Bundesrepublik schleuste. Zeitweilig druckte und vertrieb Verbeke das antisemitische Hetzblatt „Bauernschaft“. Ende der 90er Jahre übernahm der zwischenzeitlich inhaftierte Rudolf die Führung der Anfang 2002 von Belgien verbotenen VHO. Der in Belgien lebende Franzose Reynouard, vormals Abonnent der „Bauernschaft“, ist Autor des Machwerkes „Die Wahrheit über Oradour“ (Druffel Verlag 1999). In dem Buch leugnet Reynouard die Ermordung von hunderten Menschen durch Angehörige der Waffen-SS am 10. Juni 1944 in dem französischen Dorf Oradour. (am)

Aus für Skinkneipe

Neustadt – Die Skinkneipe „Menfis“ im thüringischen Neustadt (bei Jena) ist geschlossen worden. Der Insolvenzverwalter hat den Mietvertrag mit dem Betreiber des „Menfis“, Andreas Bicker (Szenename „Bigge“), aus Zeulenroda gekündigt. Zuletzt waren im März dieses Jahres im „Menfis“, bekannt als „Skinhouse“, die rechtsextremen Bands „Endstufe“ (Bremen) und „Hasseröder Crew“ (= „Last Riot“ aus Köthen/Sachsen-Anhalt) aufgetreten. Bicker hatte die 300 Personen fassende Szenekneipe ab Juli 2005 betrieben. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de